

Public Corporate Governance Bericht 2011

DBFZ Deutsches Biomasseforschungszentrum
gemeinnützige GmbH

Torgauer Straße 116
04347 Leipzig

Tel.: +49 (0)341 2434-112
Fax: +49 (0)341 2434-133

www.dbfz.de
info@dbfz.de

Inhaltsverzeichnis

1	Berichtsgrundlage	3
2	Entsprechungserklärung.....	3
3	Anteilseigner und Gesellschafterversammlung.....	3
4	Zusammenwirken von Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Forschungsbeirat	4
5	Geschäftsführung	5
6	Aufsichtsrat.....	5
7	Transparenz und Prüfung.....	7
8	Berichtsvermerk	7

1 Berichtsgrundlage

Die Bundesregierung hat am 1. Juli 2009 neue Grundsätze guter Unternehmensführung im Bereich des Bundes verabschiedet. Kern dessen ist der sogenannte Public Corporate Governance Kodex des Bundes. Dieser enthält wesentliche Bestimmungen geltenden Rechts zur Leitung und Überwachung von Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des Privatrechts, an denen die Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist, sowie international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Ziel ist es, die Unternehmensführung und -überwachung transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten sowie die Rolle des Bundes als Anteilseigner klarer zu fassen. Zugleich soll das Bewusstsein für eine gute Corporate Governance erhöht werden.

Das Deutsche Biomasseforschungszentrum gemeinnützige GmbH (DBFZ) ist eine solche juristische Person, deren einziger Gesellschafter die Bundesrepublik Deutschland ist, vertreten durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Es erfüllt somit die Voraussetzungen für die Anwendung des Public Corporate Governance Kodex des Bundes unmittelbar. Zu den Zielsetzungen und Tätigkeiten des DBFZ wird auf den veröffentlichten Jahresbericht 2011 verwiesen.

Das DBFZ wurde am 28.02.2008 gegründet, so dass sich der vorliegende Bericht auf das dritte ordentliche Geschäftsjahr bezieht.

2 Entsprechungserklärung

Geschäftsführung und Aufsichtsrat des DBFZ erklären für das Unternehmen, dass den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Bundes entsprochen wird, soweit nicht im Folgenden Abweichungen dargestellt und begründet werden.

Die Geschäftsführung sowie der Aufsichtsrat des DBFZ sind diesen Grundsätzen verpflichtet. Weder der Geschäftsführung noch dem Aufsichtsrat sind im Berichtsjahr 2011 Fälle bekannt, in denen gegen die Grundsätze verstoßen wurde.

3 Anteilseigner und Gesellschafterversammlung

Die Kompetenzen der Gesellschafterversammlung sind im Gesellschaftsvertrag des DBFZ in seiner Fassung vom 03.03.2008 verankert, insbesondere dort in § 13. Die Gesellschafterversammlung wird in der Regel von der Geschäftsführung unter Mitteilung der Gegenstände der Beschlussfassung und Übersendung der erforderlichen Unterlagen mit einer Frist von mindestens zwei Wochen einberufen. Die Gesellschafterversammlung tagt mindestens einmal im Jahr und beschließt über die gesetzlich vorgeschriebenen Tatbestände. Zusätzliche Tagungen erfolgen auf Verlangen der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrates. Im Berichtsjahr 2011 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

Der Bund nimmt seine Rolle als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung wahr, in der er satzungsgemäß (§ 13 Nr.6) den Vorsitz führt.

Die Bestellung des Wirtschaftsprüfers erfolgt durch den Gesellschafter. Die Beauftragung wird durch die Geschäftsführung vorgenommen. Der Wirtschaftsprüfer wird zur Gewährleistung einer unabhängigen Prüfung spätestens nach fünf Jahren gewechselt. Für die Prüfung 2011 wurde als neuer Wirtschaftsprüfer die PricewaterhouseCoopers AG beauftragt.

Der Gesellschafter hat zur Gründung des Unternehmens die Errichtung eines Aufsichts- und eines Forschungsbeirates beschlossen und im § 6 des Gesellschaftsvertrages festgeschrieben.

4 Zusammenwirken von Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Forschungsbeirat

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Dies bedingt die Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse.

Die Geschäftsführung stimmt auf der Grundlage von Unternehmensgegenstand und Unternehmenszweck die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat ab.

Als Organ der Gesellschaft nimmt der Aufsichtsrat umfangreiche Überwachungsaufgaben gemäß Gesellschaftsvertrag wahr. Neben Informationsrechten nach § 90 AktG obliegen dem Aufsichtsrat umfangreiche Zustimmungsvorbehalte zu grundlegenden Geschäften (§ 9 Gesellschaftsvertrag) und Befugnisse zur Steuerung der Geschäftsführung (§ 10 Gesellschaftsvertrag).

Das DBFZ stimmt zustimmungsbedürftige Geschäfte mit dem Aufsichtsrat zeitnah ab. Die gegenseitige Information und Abstimmung verlief in 2011 zügig und im Einklang mit dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes. Die Geschäftsführung beriet alle Vorgänge von besonderer Bedeutung mit dem Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat tagte 2011 zweimal ordentlich, in zusätzlichen Umlaufverfahren wurden zustimmungsbedürftige Geschäfte auf Antrag der Geschäftsführung beschlossen.

Im § 10 des Gesellschaftsvertrages ist festgeschrieben, dass der Aufsichtsrat die Mitglieder des Forschungsbeirates beruft und dessen Geschäftsordnung genehmigt.

Der Forschungsbeirat tagt einmal jährlich und berät die Gesellschaft zur mittel- und langfristigen Forschungsplanung. Er besteht aus 19 ordentlichen Mitgliedern, die als Vertreter der Wissenschaft ein besonderes Interesse an der Forschung im Bereich der energetischen Biomassenutzung haben und entsprechende Fachkompetenz einbringen können.

5 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung des DBFZ besteht aus zwei gemeinschaftlich tätigen Geschäftsführern. Der Umfang der Tätigkeit und Verantwortung werden vom Gesellschaftsvertrag sowie der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung, letztere mit Stand vom 03.07.2008 durch den Aufsichtsrat verabschiedet, bestimmt. Für beide Geschäftsführer bestehen Vertretungsregelungen. Prokuristen oder Handlungsbevollmächtigte sind nicht bestellt.

Demnach sind für den wissenschaftlichen und administrativen Geschäftsführer getrennte Verantwortlichkeiten festgelegt. Beide erfüllen ihre Aufgaben und Pflichten entsprechend der gesetzlichen Vorschriften. Zudem gelten verschiedene Nebenbestimmungen über den Zuwendungsgeber, z.B. zur Korruptionsbekämpfung und zu investiven Tätigkeiten. Die Geschäftsführer werden für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren mit der Möglichkeit der Verlängerung bestellt. Die Regelaltersgrenze entspricht dem gesetzlichen Renteneintrittsalter.

Die Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung definiert die internen Zuständigkeiten der Geschäftsführung und legt Berichtspflichten gegenüber dem Aufsichtsrat fest. Weiterhin sind die Willensbildung in der Geschäftsleitung und zustimmungsbedürftige Geschäfte geregelt. Sie unterliegt der regelmäßigen Anpassung an die Gegebenheiten des sich im Aufbau befindlichen DBFZ und wurde zuletzt am 11.11.2011 durch den Aufsichtsrat aktualisiert.

Die Geschäftsführung ist derzeit als B3 (wissenschaftlicher Geschäftsführer) bzw. E15 (administrativer Geschäftsführer) eingestuft. Die Anstellung erfolgt in Anlehnung an die Regelungen des öffentlichen Dienstes, Zulagen sind zustimmungspflichtig durch das Bundesministerium der Finanzen.

Die Prüfung der Angemessenheit der Gehälter obliegt dem Aufsichtsrat, der ggf. in Form einer Empfehlung an den Gesellschafter berichtet.

Die Geschäftsführer nehmen keine Nebentätigkeiten im Wettbewerbsfeld des DBFZ wahr und haben im Jahre 2011 keine Geschäfte mit nahestehenden Personen oder Unternehmungen abgeschlossen.

6 Aufsichtsrat

Die Aufgabe des Aufsichtsrats liegt in der Beratung und Überwachung der Geschäftsführung. Gegenstand der Überwachung sind die Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Geschäftsleitungsentscheidungen. Hierzu gehört insbesondere, ob und wie sich das DBFZ im Rahmen seiner satzungsmäßigen Aufgaben betätigt.

Der Aufsichtsrat hat mit seiner ersten Sitzung eine Geschäftsordnung festgelegt und zuletzt in der 10. ordentlichen Sitzung vom 03.05.2011 geändert.

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates geht mit den Empfehlungen des Public Governance Kodex des Bundes Nr. 5.2 konform. Die Mitglieder des Aufsichtsrates setzen sich wie im Gesellschaftsvertrag § 10 Nr. 2 im Berichtsjahr aus jeweils einem Vertreter des BMELV, des BMU, des BMBF, des BMVBS und des SMUL zusammen. Von diesen fünf Mitgliedern ist der Vertreter des BMELV Vorsitzender des

Aufsichtsrates und die Vertreterin des SMUL die einzige weibliche Besetzung. Die Festlegung einer angemessenen Altersgrenze für Mitglieder des Überwachungsorgans ist zurzeit nicht vorgesehen. Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wird keine Vergütung oder Aufwandsentschädigung gezahlt. Reisekosten werden vom DBFZ übernommen.

Der Aufsichtsrat tagt gemäß Gesellschaftsvertrag § 11 Nr. 2 mindestens zweimal jährlich, wobei die erste ordentliche Sitzung auch die Prüfung des Jahresabschlusses des Vorjahres beinhaltet. Die erste ordentliche Sitzung des Kalenderjahres findet daher in der Regel im Juni statt, nachdem die Geschäftsführung den Jahresabschluss gemäß § 15 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrags vorlegt. Der Aufsichtsrat empfiehlt dem Gesellschafter die Beschlussfassung zur Feststellung des Jahresabschlusses und zur Ergebnisverwendung. Im Berichtsjahr 2011 wurde der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 am 03.05.2011 festgestellt.

Der Aufsichtsrat hat keinen Prüfungsausschuss (Audit Committee) nach Nr. 5.1.7 des Public Governance Kodex des Bundes eingerichtet, der sich mit Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements, der erforderlichen Unabhängigkeit der Abschlussprüfer, der Erteilung des Prüfungsauftrages an die Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung befasst. Auf Grund der Größe des Unternehmens sowie der Überschaubarkeit seines Geschäftsfeldes hält die Gesellschaft dies für nicht erforderlich. Diese Aufgaben werden stattdessen von der Gesamtheit der Aufsichtsratsmitglieder wahrgenommen.

Über die Sitzungen des Aufsichtsrates werden gemäß § 13 Nr. 10 des Gesellschaftsvertrags Niederschriften angefertigt, von denen jedem Aufsichtsratsmitglied und dem DBFZ eine Abschrift ausgehändigt wird.

Bei der Wahrnehmung der Aufgaben gab es keine Interessenskonflikte. Auch wurden keine Berater-, Werkverträge oder sonstige Dienstleistungsverträge zwischen Mitgliedern des Aufsichtsrates und dem DBFZ abgeschlossen.

Im Folgenden werden die Mitglieder des Aufsichtsrates des DBFZ unter Angabe ihrer Haupttätigkeit aufgeführt:

Aufsichtsrat	Haupttätigkeit
Bernt Farcke (Vorsitzender)	Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
Berthold Goeke	Unterabteilungsleiter KI III „Erneuerbare Energien“ im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
Anita Domschke	Abteilungsleiterin 3 „Land- und Forstwirtschaft“ im Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL)
Johannes Wien	Referatsleiter UI 40 „Grundsatzfragen Energie, Klima und Umweltschutz“ im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS)
Karl Wollin	Referatsleiter „System Erde“ im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

7 **Transparenz und Prüfung**

Das DBFZ unterliegt als gemeinnützige GmbH dem privaten Recht und speziellen steuerrechtlichen Aspekten. Der Jahresabschluss besteht in 2011 als mittelgroßes Unternehmen aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Lagebericht. Gemäß den Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung und zugehöriger Verordnungen werden die Vorgaben des HGB für große Gesellschaften angewendet. Der Jahresabschluss wurde daher durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Gegenstand des Prüfungsauftrages ist neben der Feststellung des ordnungsgemäßen Jahresabschlusses auch die Einhaltung des § 53 HGrG und die entsprechende Beantwortung des Fragenkatalogs des Berufsstandes. Die Prüfungsberichte werden dem BMELV als zuständigem Ressort, dem BRH und den maßgeblichen Projektträgern zur Verfügung gestellt. Der Jahresabschluss wird auf der Homepage gemäß Public Corporate Governance Kodex des Bundes als Anhang zu diesem Bericht veröffentlicht.

Das DBFZ übt eine auf Grund seines gemeinnützigen Status im Wesentlichen ideelle, nicht-wirtschaftliche Tätigkeit aus. Darüber hinaus ist das DBFZ allerdings auch wirtschaftlich tätig. Dies umfasst sowohl die Auftragsforschung im Zweckbetrieb als auch die rein wirtschaftliche Tätigkeit z.B. im Rahmen von Beratungsaufträgen. Zur Berechnung der Auftragswerte bzw. des Angebotspreises lässt das DBFZ jährlich die tatsächlichen IST-Gemeinkostensätze durch einen Wirtschaftsprüfer berechnen und testieren. Die Berechnung dient der Schlussabrechnung von laufenden Projekten sowie der Vorkalkulation kommender Aufträge. Dieses Vorgehen ermöglicht in Übereinstimmung mit dem europäischen Beihilferecht eine unter Vollkostenberechnung ausgeübte kollisionsfreie und rechtlich einwandfreie Tätigkeit.

Das DBFZ fertigt jährlich einen Jahresbericht an, der eine Übersicht über die Forschungstätigkeit im Berichtsjahr gibt. In diesem Bericht werden außerdem u.a. alle Vorträge, Veröffentlichungen oder Konferenzbeiträge gelistet. Der Bericht ist auf der Homepage öffentlich zugänglich.

8 **Berichtsvermerk**

Zusammenfassend stellt die Geschäftsführung des DBFZ fest, dass im Berichtsjahr dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30.06.2009 entsprochen wurde.

Die Erklärung wird auf der Internetseite der Gesellschaft dauerhaft veröffentlicht.

DBFZ Deutsches Biomasseforschungszentrum gemeinnützige GmbH

Leipzig, den 20.06.2012

Gez.
Daniel Mayer
admin. Geschäftsführer

Testatsexemplar

DBFZ Deutsches Biomasseforschungszentrum gemeinnützige GmbH
Leipzig

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers



"PwC" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011	1
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2011.....	2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011	5
3. Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011	7
Anlage zum Anhang: Anlagenspiegel 2011.....	17
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	1

Deutsches Biomasseforschungszentrum gemeinnützige GmbH

LAGEBERICHT

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR

VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2011

Das Deutsche Biomasseforschungszentrum (DBFZ) wurde am 28. Februar 2008 als gemeinnützige GmbH gegründet. Es gehört der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Das DBFZ übernahm am 17. März 2008 das ehemalige Institut für Energetik und Umwelt gemeinnützige GmbH einschließlich der Liegenschaft.

Das DBFZ forscht und arbeitet an Fragen der Energiebereitstellung aus Biomasse unter besonderer Berücksichtigung innovativer Technologien, der wirtschaftlichen Auswirkungen und der Umweltbelange. Im Rahmen anwendungsorientierter Grundlagenforschung setzt sich das DBFZ insbesondere mit den Fragen des technischen Fortschritts, der Potenzialanalyse und der nachhaltigen effizienten Energiebereitstellung aus Biomasse auseinander. Seit der Gründung erfolgte ein kontinuierlicher Ausbau der wissenschaftlichen Arbeit.

In 2010 wurde die bisherige Struktur des wissenschaftlichen Bereichs anhand der gewonnenen Erfahrungen überarbeitet. Die ursprünglich sechs Fachbereiche sind auf vier reorganisiert worden und hatten auch 2011 unverändert Bestand.

Die Tätigkeit des DBFZ gliedert sich damit in folgende Fachbereiche:

- **Bioenergiesysteme** – Analyse von Biomassepotenzialen, Datenbereitstellung zum Nutzungsstand der Bioenergie, Standardisierung und Markteinführung von biogenen Energieträgern, Entwicklung von Bioenergiestrategien, Begleitforschung für rechtliche Regelungen und Förderprogramme, .
- **Biochemische Konversion** – Analyse und Optimierung biochemischer Biomassekonversionsprozesse; Steigerung der Effizienz und Stabilität des biologischen Abbauprozesses, Steigerung der biologischen Verfügbarkeit und Abbaurate von Substraten, Entwicklung von Methoden zur Bewertung der energetischen Effizienz sowie der Ökonomie der Biogaserzeugung, -aufbereitung und -nutzung, sowie Ableitung von Optimierungsmaßnahmen; Entwicklung von Konzepten zur bedarfsgerechten Bereitstellung von Energie aus Biogas/Biomethan.
- **Thermo-chemische Konversion** – Optimierung komplexer Heiz- und KWK-Systeme mit Nutzung von biogenen Festbrennstoffen, bedarfsgerechte Bioenergiebereitstellung aus Festbrennstoffen, Kompaktierung von Biomasse, Minderung von Emissionen aus Biomassefeuerungen
- **Bioraffinerien** – Entwicklung, Bilanzierung, Simulation, Technikbewertung, Kostenrechnung und Ökobilanzierung von Verfahren zur Biokraftstofferzeugung sowie von Bioraffinerien, Biokraftstoffherstellung im Technikum, Laboranalytik und Prüfstanduntersuchung zur umfassenden chemisch-physikalischen Charakterisierung von Biomassen und Biokraftstoffen

Die fachbereichsübergreifenden Schwerpunkte der Forschung wurden in Kompetenzfeldern definiert und in einem veröffentlichten Jahresbericht ausführlich dargestellt:

- Internationale Vernetzung
- Biomethan
- Bedarfsgerechte Bioenergiebereitstellung
- Vergasung
- Katalytische Emissionsminderung
- Nachhaltigkeit von Bioenergie-Technologien
- Bioenergie-daten

Das DBFZ ist im Rahmen der ISO 9001:2008 zertifiziert.

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Gesellschaft

1. Allgemeines

Gesellschafterin des DBFZ ist zu 100% die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz.

Die Gesellschaft kann im Rahmen ihrer Gemeinnützigkeit alle Geschäfte betreiben, die der Verwirklichung des Gegenstands der Gesellschaft gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages dienen.

Innerhalb der Branche der forschenden Institute privatrechtlicher Natur nimmt das DBFZ eine besondere Rolle ein. Insbesondere die Verknüpfung der wissenschaftlichen Fragestellungen mit der forschenden und produzierenden Industrie ist Aufgabe des DBFZ. Mit der privatrechtlichen Gesellschaftsform steht die wirtschaftliche Tätigkeit im Rahmen der Auftragsforschung zur Erwirtschaftung von Drittmitteln dem zuzwendungsfinanzierten Forschungsplan gleich.

2. Umsatz und Auftragsentwicklung

Im Berichtsgeschäftsjahr hat die Gesellschaft 115 Forschungsprojekte mit einem Auftragsvolumen von ca. TEUR 5.145 bearbeitet. Hinzu kamen die Projekte des Arbeitsprogramms des BMELV und die dafür von der Gesellschafterin gewährte Grundförderung im Rahmen einer Fehlbedarfsfinanzierung in Höhe von ca. TEUR 3.642 für den Betriebshaushalt.

Die Auftragsentwicklung in 2011 lag über den im Wirtschaftsplan angesetzten Werten und führte zu dem erwarteten personellen Aufwuchs der Gesellschaft in 2011.

3. Personal- und Sozialbereich

Die Mitarbeiterzahl ist im Berichtsjahr erneut angewachsen und beträgt zum Abschluss des Geschäftsjahres 179 Mitarbeiter (31.12.2010 154 Mitarbeiter), davon 150 im wissenschaftlichen Bereich angesiedelt, bei insgesamt etwa 145 Vollzeitäquivalenten. Das DBFZ wendet den TVöD (Bund), Tarifgebiet Ost, an. Die Mitarbeiter werden gegenüber der Gesellschaft durch einen Betriebsrat vertreten. Als Forschungsinstitut lebt das DBFZ vom Erhalt und der Entwicklung des Know-Hows. Die Mitarbeiter sind daher gehalten, sich um ständige Fortbildung zu bemühen. Das DBFZ fördert die Wissensgewinnung durch die Entsendung auf Seminare, Tagungen und langfristige Qualifizierungsmaßnahmen. Seit 2010 intensiviert die Geschäftsführung die Fortbildungsbemühungen, so z.B. durch Inhouse-Schulungen. In 2011 wurden insgesamt etwa TEUR 62 für Weiterbildung aufgewendet. Der bereichsübergreifende Transfer von Know-How und die gemeinsame Bearbeitung von organisatorischen Fragestellungen erfolgt durch verschiedene fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppen, z.B. „Wissensmanagement“ und „Datenbanken“, und wird durch die Geschäftsführung des DBFZ aktiv gefördert. Der sehr aktiven Arbeitsgruppe „Qualitätsmanagement“ kommt im Rahmen der ISO-Zertifizierung eine besondere Bedeutung zu.

Aufgrund der hohen Anzahl junger Mitarbeiter hat das DBFZ die Einführung von Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie begonnen, so steht z.B. eine neue Betriebsvereinbarung zur alternierenden Telearbeit kurz vor dem Abschluss. Weiterhin wurde eine Prüfung auf Errichtung einer betrieblichen Kinderkrippe oder auf Bezug betrieblicher Krippenplätze öffentlicher Anbieter begonnen.

4. Investitionen

Das Berichtsjahr wurde maßgeblich durch Investitionen in bauliche Anlagen und Technik bestimmt. In Kombination mit einer Förderung aus dem „Konjunkturpaket II“ betragen im Berichtszeitraum die Investitionen in Sachanlagen insgesamt TEUR 10.002, davon in Grundstücke und Bauten (einschließlich Anlagen im Bau) TEUR 8.044, in technische Anlagen und Maschinen TEUR 1.249, in die Betriebs- und Geschäftsausstattung TEUR 709. Nachdem die baulichen Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket fristgerecht abgeschlossen wurden, werden bis zur geplanten Errichtung eines Neubaus mit ca. 11.000 m² Bruttogrundfläche die investiven Maßnahmen in Geräte planmäßig abnehmen. Die forschungsseitige Ausstattung des DBFZ entspricht nach den vergangenen Investitionen den höchsten technischen Standards.

Eine für das DBFZ sehr wesentliche Investition wurde mit der Forschungsbiogasanlage begonnen, die planmäßig in 2012 den Betrieb aufnehmen wird. Die etwa TEUR 3.300 teure Anlage erlaubt den gleichzeitigen und unabhängigen Betrieb zweier Fermenter für Forschungszwecke und wird über das Konjunkturpaket und Eigenmittel finanziert.

II. Darstellung der Lage der Gesellschaft

1. Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich am Bilanzstichtag auf TEUR 21.539 und hat sich damit gegenüber dem Vorjahresstichtag aufgrund der umfangreichen Investitionen um etwa 82,7% erhöht. Die Eigenmittelquote (Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Investitionszuschüssen) liegt bei ca. 69,5%; die Eigenmittel umfassen insgesamt einen Betrag von TEUR 14.971 und sind gegenüber dem Bilanzstichtag des Vorjahres um TEUR 8.356 angestiegen.

2. Finanzlage

Für die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeiten standen während des Berichtszeitraumes durch die institutionelle Förderung des Gesellschafters jederzeit ausreichend Mittel zur Verfügung. Die über den Wirtschaftsplan vorgesehene Bezuschussung durch Mittel des Bundes wurde erneut nicht vollständig in Anspruch genommen.

3. Ertragslage

Das DBFZ erzielte im Geschäftsjahr Erträge in Höhe von TEUR 11.482. Die Personalaufwendungen betragen TEUR 6.626, die Sachaufwendungen ohne Abschreibungen betragen insgesamt TEUR 3.834 und das Finanzergebnis beträgt TEUR -20. Der entstandene Jahresfehlbetrag i.H.v. TEUR 342 basiert auf der Divergenz zwischen der kameralistischen Fehlbedarfsfinanzierung und dem betrieblichen Rechnungswesen.

III. Hinweise auf die voraussichtliche Entwicklung

Die Entwicklung der Umsätze und Aufträge im Berichtsjahr hat aus Sicht der Geschäftsführung die Erwartungen erfüllt. Der Ausbau von Personal und Technik wird durch die mittlerweile etwa um 2 Jahre verzögerten Baumaßnahmen „Neubau Technikum“ und „Neubau Seminargebäude“ beeinträchtigt. Während die Sanierungsmaßnahmen aus dem Konjunkturpaket II planmäßig verlaufen sind, beeinträchtigt die nicht durch das DBFZ verzögerte Bereitstellung benötigter technischer Ressourcen die weitere Akquisition von Projekten. Zur Vermeidung übermäßiger Beeinträchtigungen sind einige Interimsmaßnahmen vorgenommen worden, z.B. zur Bereitstellung von Laborräumen.

Die Geschäftsführung erwartet für 2012 dennoch eine leichte Steigerung des Auftragsforschungsvolumens, verbunden mit einem leichten Umsatzwachstum. Aufgrund der meist mehrjährigen Projektlaufzeiten ist die Auftragslage für einen längeren Zeitraum stabil und liegt bereits zu Beginn des Geschäftsjahres knapp unter dem Planvolumen für 2012 vor. Durch die hohe Last an Ausgaben des Bundes, in Verbindung mit der Ausgabenminderungsabsicht des Bundesfinanzministers, ist die künftige Entwicklung der öffentlich geförderten Forschungsprojekte nicht einschätzbar.

Die Forschungsaufgabenstellungen sind in einem Forschungsrahmenplan definiert, der der ständigen Fortschreibung und der Aufsicht des Aufsichtsrates und der Beratung des Forschungsbeirates unterliegt.

Als besonderen Erfolg wertet die Geschäftsführung die deutliche Zunahme an Projekten aus europäischer Förderung und die erfolgreiche Teilnahme des DBFZ an dem Spitzenclusterwettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Zusätzlich konnte der Bekanntheitsgrad des DBFZ durch eigene nationale und internationale Konferenzen erheblich gesteigert werden (z.B. die weltweit erste Konferenz zur Biogas-Mikrobiologie in Leipzig mit rund 200 Teilnehmern von allen Kontinenten). Dies zeigt exemplarisch die gestiegene Bedeutung des DBFZ in der nationalen und internationalen Forschungslandschaft.

Die Gesellschaft ist und bleibt weiterhin im Rahmen einer institutionellen Förderung durch die Bundesrepublik Deutschland teilfinanziert, so dass überjährig ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erwarten ist.

IV. Sonstige Angaben

Die finanzielle Auswirkung einer laufenden Betriebsprüfung des Rechtsvorgängers über die Jahre 2002-2005 kann nicht abschließend eingeschätzt werden. Im Jahresabschluss 2010 ist hierfür eine Risikorückstellung in Höhe von TEUR 294 gebildet worden, die an aktuelle Erkenntnisse angepasst wurde und bis auf weiteres verzinst fortgeführt wird.

Prozesse oder Ankündigungen von Rechtsstreitigkeiten mit erheblichen Auswirkungen auf das Unternehmen sind nicht gegeben. Es gibt keinen Hinweis auf drohende Umweltschäden oder andere Problemsituationen mit Haftungsrisiken.

Leipzig, 1. Juni 2012

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011**

DBFZ Deutsches Biomasseforschungszentrum gemeinnützige GmbH, Leipzig

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva

	31.12.2011	31.12.2010
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Softwarelizenzen	258.586,00	288.979,51
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten	2.961.873,82	2.068.440,82
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.537.832,82	2.341.448,33
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.078.102,73	677.683,26
4. Anlagen im Bau	8.539.221,15	2.105.470,19
	16.117.030,52	7.193.042,60
	16.375.616,52	7.482.022,11
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Unfertige Leistungen	513.744,40	474.884,12
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	219.747,82	144.665,66
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.079.648,44	1.669.956,51
	1.299.396,26	1.814.622,17
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	3.134.128,32	1.672.572,26
	4.947.268,98	3.962.078,55
C. Rechnungsabgrenzungsposten	211.187,15	342.058,04
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	4.932,00	4.932,00
	21.539.004,65	11.791.090,70

Passiva

	31.12.2011	31.12.2010
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	831.140,47	1.511.051,19
III. Jahresfehlbetrag	342.046,98	679.910,72
	514.093,49	856.140,47
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	14.456.919,82	5.759.087,16
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	261.763,95	277.531,48
2. Sonstige Rückstellungen	716.421,48	828.308,70
	978.185,43	1.105.840,18
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	116,50	1.341,10
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.535.021,73	637.669,82
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	183.533,43	135.126,03
4. Sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern € 138.175,16; 31.12.2010 € 156.090,73)	3.722.310,36	2.984.036,41
	5.440.982,02	3.758.173,36
E. Rechnungsabgrenzungsposten	148.823,89	311.849,53
	21.539.004,65	11.791.090,70

DBFZ Deutsches Biomasseforschungszentrum gemeinnützige GmbH, Leipzig
**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011**

	2011	2010
	€	€
1. Umsatzerlöse	8.835.869,68	8.083.792,97
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	38.860,28	12.471,67
3. Sonstige betriebliche Erträge	2.607.205,43	2.128.700,37
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	298.351,19	263.397,58
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	858.011,68	957.074,14
	1.156.362,87	1.220.471,72
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	5.466.236,55	4.835.239,05
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung € 149.144,91; Vorjahr € 132.742,99)	1.160.110,16	1.045.441,00
	6.626.346,71	5.880.680,05
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.317.648,34	1.269.327,08
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.677.309,51	2.202.610,90
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11.075,17	14.014,68
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30.706,86	76.573,07
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-315.363,73	-410.683,13
11. Ertrag aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (Vorjahr Aufwand)	37.994,19	89.060,79
12. Sonstige Steuern	64.677,44	180.166,80
13. Jahresfehlbetrag	342.046,98	679.910,72

Anhang

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

1. Allgemeine Angaben

1.1 Gliederung

Der Jahresabschluss wurde auf Grundlage des Handelsgesetzbuches (HGB) in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) vom 25. Mai 2009 nach den Rechnungslegungsvorschriften für Kapitalgesellschaften und unter Berücksichtigung des Gesetzes betreffen die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) erstellt.

Die Gliederung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den §§ 266 und 275 HGB sowie § 42 GmbHG. Die Gliederung der Bilanz wurde um einen Sonderposten aus Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen gemäß § 265 Abs. 5 HGB erweitert. Im Interesse einer besseren Klarheit und Übersichtlichkeit werden die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung anzubringenden Vermerke ebenso wie die Vermerke, die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang anzubringen sind, weitestgehend im Anhang aufgeführt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt.

Nach § 267 HGB ist die Gesellschaft eine mittelgroße Kapitalgesellschaft. Größenabhängigen Erleichterungen werden insoweit nicht in Anspruch genommen.

1.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die entgeltlich von Dritten erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Diese werden um planmäßige lineare Abschreibungen vermindert.

Die Sachanlagen werden, soweit diese Vermögensgegenstände abnutzbar sind, mit den um planmäßige lineare Abschreibungen sowie ggf. um außerplanmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten bewertet.

Soweit die Gründe für früher vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen weggefallen sind, werden Zuschreibungen durchgeführt. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen nach Maßgabe der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern, die in Anlehnung an die steuerlichen Abschreibungstabellen bestimmt werden.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis EUR 150,00 werden im Zugangsjahr sofort vollständig abgeschrieben. Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 werden in einem Sammelposten erfasst, der einheitlich (also ohne Beachtung ihres tatsächlichen Verschleißes und Verbleibs) linear über fünf Jahre abgeschrieben wird.

Die Bewertung der unfertigen Leistungen erfolgte zu Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 HGB unter Beachtung der verlustfreien Bewertung.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die sonstigen Vermögensgegenstände, der Kassenbestand und die Bankguthaben sind mit den Nennwerten aktiviert. Einzelrisiken bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Darüber hinaus wird das allgemeine Risiko durch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1 % der nicht einzelwertberichtigten (Netto-)Forderungen berücksichtigt.

Die Bewertung der Valuta-Kassenbestände erfolgte zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag.

Das als gezeichnetes Kapital ausgewiesene Stammkapital in Höhe von EUR 25.000,00 wird zum Nennwert bilanziert und entspricht dem Gesellschaftsvertrag und der Handelsregistereintragung.

Im Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen werden die zur anteiligen Finanzierung von Investitionen erhaltenen öffentlichen Zuschüsse passiviert. Die Auflösung dieses Postens erfolgt über die Abschreibungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände (sonstige betriebliche Erträge).

Für die Pensionsverpflichtung existiert eine Rückdeckungsversicherung, welche an den Pensionär verpfändet ist (insolvenzgesichertes Deckungsvermögen). Dementsprechend werden die Pensionsverpflichtung und der Aktivwert der Rückdeckungsversicherung nach § 246 Abs. 2 HGB saldiert unter dem Bilanzposten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Aufgrund der Tatsache, dass sich die Bewertungen des Rückdeckungsanspruchs aus Lebensversicherung und der Pensionsverpflichtung im abgelaufenen Geschäftsjahr nur im geringen Umfang geändert haben und den Änderungsbeträgen für die Beurteilung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage praktisch keine Bedeutung zukommt, wurden keine neuen Gutachten eingeholt, sondern stattdessen die Werte aus dem Vorjahresabschluss unverändert beibehalten.

Der Rückdeckungsanspruch aus der Lebensversicherung wurde im Vorjahresabschluss nach Maßgabe von Berechnungen der neuen Leben Lebensversicherung AG vom 15. März 2011 zu fortgeführten Anschaffungskosten (Deckungskapital zuzüglich Überschussbeteiligung) bewertet. Die Pensionsverpflichtung wurde im Vorjahresabschluss nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB unter Verwendung der "Richttafeln 2005 G" von Dr. Klaus Heubeck mit dem gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB vorgeschriebenen und von der Deutschen Bundesbank ermittelten Marktzinssatz von 5,15 % nach Maßgabe des versicherungsmathematischen Gutachtens von der neuen Leben Lebensversicherung AG vom 15. März 2011 bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Ausgaben bzw. Einnahmen vor dem Abschlussstichtag werden, soweit sie Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, unter den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst.

Der Ansatz latenter Steuern aufgrund von Unterschieden in den Bilanzansätzen der Handelsbilanz und Steuerbilanz (bezogen auf den ertragsteuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb) ist nicht erforderlich. Lediglich aus steuerlichen Verlustvorträgen ergeben sich aktive latente Steuern, die bei Zugrundelegung eines Ertragsteuersatzes von 32 % etwa TEUR 9 betragen. Aufgrund des Aktivierungswahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird auf deren Ansatz in der Bilanz verzichtet.

1.3 Wichtige Geschäftsvorfälle

Mit Bescheid vom 17. Januar 2011 hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Gesellschafter) dem DBFZ für die Zeit von 1. Januar bis 31. Dezember 2011 Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt und dem Landeshaushalt des Landes Sachsen in einer Gesamthöhe von TEUR 12.673 bewilligt. Die Zuwendungen sind als nicht rückzahlbare Fehlbedarfsfinanzierung zur Deckung jener Ausgaben und Investitionen bestimmt, die dem DBFZ bei der Durchführung der Aufgaben laut Gesellschaftsvertrag erwachsen.

Mit Bescheiden von Mai 2010 wurden dem DBFZ durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung Zuwendungen für folgende Maßnahmen zugesagt:

- a) Haus 4/5 – Bürogebäude, Labor- und Technikumsgebäude
- b) Haus 6 – Büro- und Verwaltungsgebäude
- c) Haus 7 – Laborgebäude
- d) Haus 10 – Abbruch – Büro- und Verwaltungsgebäuden
- e) Versuchsbiogasanlage
- f) Neubau Seminargebäude
- g) Vorgezogene Infrastrukturmaßnahmen der Großbaumaßnahme Technikum

Durch Bescheide vom 17. Mai 2010, 26. Mai 2010, 1. Juli 2010, 23. November 2010 und 7. Dezember 2011 wurden für einzelne Maßnahmen Änderungen hinsichtlich der

Zuwendungshöhe beschieden. Die Maßnahme zu f) und g) sind noch in 2010 gestoppt worden.

2. Angaben zur Bilanz

2.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist aus dem als Anlage beigefügten Anlagenspiegel ersichtlich.

Außerplanmäßige Abschreibungen wegen voraussichtlich dauernder Wertminderung (§ 253 Abs. 3 Satz 3 HGB) wurden auf das Gebäude "Haus 10" im Umfang von EUR 120.820,00 vorgenommen.

Aufgrund des Wegfalls der Gründe für frühere außerplanmäßige Abschreibungen wurden auf das Gebäude "Haus 7" Zuschreibungen im Umfang von EUR 100.000,00 durchgeführt.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben mit Ausnahme von TEUR 2 eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

2.3 Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Unter diesem Bilanzposten wird der Aktivsaldo aus der Verrechnung des Rückdeckungsanspruchs aus einer Lebensversicherung (TEUR 12) mit einer Pensionsverpflichtung (TEUR 7) ausgewiesen (§ 246 Abs. 2 Satz 2 HGB).

2.4 Sonderposten aus Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen

Der Sonderposten entwickelte sich in der Zeit von 1. Januar bis 31. Dezember 2011 wie folgt:

	EUR
Stand 1. Januar 2011	5.759.087,16
Einstellung	9.851.263,87
Auflösung	1.153.431,21
Stand 31. Dezember 2011	14.456.919,82

2.5 Steuerrückstellungen

Die Rückstellungen betreffen in Höhe von TEUR 244 Steuernachzahlungen aufgrund einer noch laufenden Betriebsprüfung des Rechtsvorgängers.

2.6 Sonstige Rückstellungen

Der Posten enthält u. a. Rückstellungen für Rückzahlungsrisiken von Fördermitteln in Höhe von TEUR 265, für Personalkosten in Höhe von TEUR 220, für ausstehende Rechnungen in Höhe von TEUR 95, für Zinsrisiken als Folge einer noch laufenden Betriebsprüfung in Höhe von TEUR 94 und für Abschluss- und Prüfungskosten in Höhe von TEUR 38.

2.7 Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten in Höhe von TEUR 3 Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Alle anderen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter in Höhe von TEUR 1.493 (31.12.2010: TEUR 2.474) ausgewiesen und resultieren mit TEUR 1.424 (31.12.2010: TEUR 1.331) aus Überhängen von Bundesmitteln 2008, mit TEUR 44 (31.12.2010: TEUR 1.070) aus Konjunkturpaket II-Mitteln und mit TEUR 25 (31.12.2010: TEUR 73) aus Mitteln des Investitions- und Tilgungsfonds.

3. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

3.1 Umsatzerlöse

Als Umsatzerlöse werden im Wesentlichen Erträge aus der Fehlbedarfsfinanzierung durch die Gesellschafterin in Höhe von TEUR 3.642, Erträge aus Zuwendungen für die Durchführung verschiedener Forschungsprojekte in Höhe von TEUR 4.554 sowie Erlöse aus Forschungsaufträgen in Höhe von TEUR 591 ausgewiesen. Die Umsatzerlöse wurden überwiegend im Inland erzielt.

3.2 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten u. a. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen in Höhe von TEUR 1.153 sowie Erträge aus Zuwendungen des Bundes für Baumaßnahmen aus dem Konjunkturpaket II in Höhe von TEUR 1.031.

4. Haftungsverhältnisse

Die Gesellschaft ist keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB eingegangen.

5. Sonstige Angaben

Es existieren keine außerbilanziellen Geschäfte, die für die Finanzlage der Gesellschaft von Bedeutung wären. Außer den Vergütungen für die Geschäftsführung bestehen keine Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Personen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen ergeben sich aus dem Bestellobligo in Höhe von TEUR 433.

Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 13 und resultiert ausschließlich aus Abschlussprüfungsleistungen.

6. Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrates sowie Arbeitnehmer

6.1 Geschäftsführer

- Herr Prof. Dr. Ing. Frank Scholwin (wissenschaftlicher Geschäftsführer bis 31. Mai 2012)
- Herr Prof. Dr. Ing. Michael Nelles (wissenschaftlicher Geschäftsführer ab 1. Juni 2012)
- Herr Daniel Mayer (administrativer Geschäftsführer).

An Bezügen hat die Geschäftsführung im Geschäftsjahr 2011 TEUR 156 erhalten.

6.2 Aufsichtsrat

Herr Bernt Farcke - Unterabteilungsleiter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - Vorsitzender

Herr Berthold Goeke - Unterabteilungsleiter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit - stellv. Vorsitzender

Herr Johannes Wien - Referatsleiter des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Frau Anita Domschke - Abteilungsleiterin des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft

Herr RD Karl Wollin – Referatsleiter des Bundesministerium für Bildung und Forschung

An den Aufsichtsrat wurden in 2011 gemäß Gesellschaftervertrag keine Vergütungen gezahlt.

6.3 Arbeitnehmer

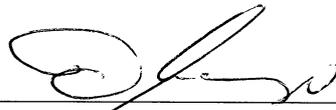
Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 172 Arbeitnehmer beschäftigt, welche sich auf die folgenden Gruppen verteilen:

- 140 Kaufmännische Angestellte/Wissenschaftliche Mitarbeiter
- 4 Handwerker/Servicekräfte
- 28 Hilfskräfte/Geringfügig Beschäftigte.

Leipzig, 1. Juni 2012



Prof. Dr. Ing. Michael Nelles
-wissenschaftlicher Geschäftsführer-



Daniel Mayer
-administrativer Geschäftsführer-

Anlagenspiegel 2011

DBFZ Deutsches Biomasseforschungszentrum gemeinnützige GmbH, Leipzig

Anlagenspiegel 2011

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				31.12.2011
	01.01.2011	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	
	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Softwarelizenzen	445.772,64	110.426,73	0,00	39.035,27	517.164,10
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und Bauten eins	4.707.923,68	650.187,37	292.412,15	0,00	5.650.523,20
2. Technische Anlagen und Maschinen	4.583.751,27	1.249.309,15	654.775,11	77.699,64	6.410.135,89
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.656.541,43	708.622,18	13.697,65	400.074,18	1.978.787,08
4. Anlagen im Bau	2.496.186,36	7.394.635,87	-960.884,91	0,00	8.929.937,32
	13.444.402,74	10.002.754,57	0,00	477.773,82	22.969.383,49
	13.890.175,38	10.113.181,30	0,00	516.809,09	23.486.547,59

Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte	
01.01.2011	Zugänge	Zuschreibungen	Abgänge	31.12.2011	31.12.2011	31.12.2010
€	€	€	€	€	€	€
156.793,13	140.819,73	0,00	39.034,76	258.578,10	258.586,00	288.979,51
2.639.482,86	149.166,52	100.000,00	0,00	2.688.649,38	2.961.873,82	2.068.440,82
2.242.302,94	707.699,26	0,00	77.699,13	2.872.303,07	3.537.832,82	2.341.448,33
978.858,17	319.962,83	0,00	398.136,65	900.684,35	1.078.102,73	677.683,26
390.716,17	0,00	0,00	0,00	390.716,17	8.539.221,15	2.105.470,19
6.251.360,14	1.176.828,61	100.000,00	475.835,78	6.852.352,97	16.117.030,52	7.193.042,60
6.408.153,27	1.317.648,34	100.000,00	514.870,54	7.110.931,07	16.375.616,52	7.482.022,11

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der DBFZ Deutsches Biomasseforschungszentrum gemeinnützige GmbH, Leipzig, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

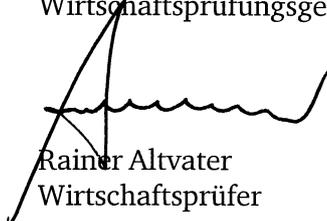
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Leipzig, den 4. Juni 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Rainer Altvater
Wirtschaftsprüfer



ppa. Volker Riemann
Wirtschaftsprüfer





20312201400010